

Wir wollen keinen Dritten Weltkrieg!

Trump muss gebremst werden

Bisher liegen über einen Giftgaseinsatz in der syrischen Stadt Duma im Bereich der Region Ost-Ghouta nur Mutmaßungen vor. **Aber schon kündigt US-Präsident Donald Trump einen Raketenangriff auf Syrien an.**

Anstatt offizielle Untersuchungen durch die „Organisation für das Verbot von Chemiewaffen“ (OPCW) abzuwarten – Russland und Syrien fordern diese Untersuchungen – werden von hohen westlichen Politikern, auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Überzeugungen und Behauptungen in die Welt gesetzt, für die keine Beweise vorliegen.

Der angedrohte Angriff einer US-geführten Koalition auf Syrien ist völkerrechtswidrig. Er erhöht die Gefahr einer weltweiten militärischen Eskalation zwischen den beiden größten Atommächten dramatisch.

Ein solcher Krieg hätte auch Krieg in Deutschland zur Folge.

Die Bundesregierung muss dringend mäßigend auf Präsident Trump einwirken und für Deutschland eine Beteiligung an Militäreinsätzen gegen Syrien und Russland ausschließen. Wir erwarten von der Bundesregierung eine deutliche Erklärung: Sie darf nicht zulassen, dass unser Land in eine sinnlose, unkalkulierbare militärische Eskalation hineingezogen wird. Eine militärische Reaktion ist der falsche Weg.

Deshalb fordern wir:

- Die Bundesregierung muss alles dafür tun, Deutschland militärisch aus diesem Konflikt herauszuhalten.
- Die deutschen Tornado- und Airbus-Flugzeuge sowie die 300 dort stationierten Soldaten müssen aus Jordanien zurückgeholt werden.
- Waffenexporte in die Region müssen sofort eingestellt werden.
- Die Bundeswehr-Fregatte „Hessen“ (sie ist zusammen mit US-Kampfschiffen auf dem Weg Richtung Syrien) muss sofort zurückgerufen werden.

Syrien braucht Frieden und nicht noch mehr Krieg. Weitere Raketen werden nur weitere Menschenleben kosten. Die Bombardierung Syriens ist genauso ein Kriegsverbrechen, wie der Einsatz von Giftgas. Eine Lösung des Konflikts ist nur auf dem Verhandlungsweg möglich.

**Wir sagen Nein zum Krieg.
Wir wollen eine neue Entspannungspolitik!**

Kommt **nach Frankfurt** zur

Demonstration und Kundgebung

**Am Samstag, dem 14. April 2018
um 11.00 Uhr
am Kaisersack (gegenüber Hauptbahnhof)
Demonstration zum Paulsplatz**

V.i.d.S.P.: Hanauer Friedensplattform, c/o Doris Werder

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Verdi,

die Hanauer Friedensplattform unterstützt Euren Kampf für besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Wir wünschen Euch viel Erfolg und marschieren mit.

Wir wissen, unter welchen schwierigen Bedingungen Ihr Eure Arbeit im Krankenhaus, in der Pflege und in der Behindertenbetreuung ausübt. Eure Forderungen sind berechtigt.

In einem so reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland sollte genug Geld da sein für eine ordentliche Versorgung der Patienten und eine gute Bezahlung der Krankenhausmitarbeiter.

Wir wissen: Die meisten Krankenhäuser können keine ordentliche Versorgung mehr bieten. In deutschen Krankenhäusern gibt es immer mehr Hygieneprobleme und Überlastung des Pflegepersonals. Nach Angaben von Ver.di fehlen in den Krankenhäusern 162.000 Pflegekräfte.

Städten und Gemeinden wurden Bundes- und Landesmittel entzogen und zusätzliche Lasten aufgebürdet. Sie privatisieren in ihrer Not auch Schulgebäude und Krankenhäuser. Wie schlecht es für die Patienten und Beschäftigten der Krankenhäuser ist, wenn eine Kommune ihre Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand gibt, zeigt das Beispiel Bad Schwalbach: Gegen den Willen von Bürgermeister und

Stadtparlament will der Helios-Konzern die Klinik dort schließen.

Angeblich ist kein Geld da, um diese Missstände zu beheben.

Auf der anderen Seite hat der Bundestag beschlossen, künftig jedes Jahr 2 % des Bruttoinlandsprodukts für die Rüstung zu verwenden. Das bedeutet eine Verdoppelung auf über 70 Milliarden Euro pro Jahr.

Deshalb fordern wir:

Absenkung der Rüstungsausgaben zugunsten von Gesundheits-, Bildungs- und Sozialpolitik

35 Milliarden Euro pro Jahr für Bildungs- und Gesundheitswesen aus der Einsparung bei der Rüstung

Die Hanauer Friedensplattform ist eine Friedensinitiative, in der sich Menschen unterschiedlicher politischer Ausrichtung mit Veranstaltungen und Aktionen für den Frieden einsetzen. Wir arbeiten eng mit dem DGB zusammen. Interessenten sind herzlich willkommen.

Unsere Treffen sind immer am ersten und dritten Montag des Monats. Das nächste Treffen ist am Montag, dem 16.4. um 19:30 im Internationalen Kulturzentrum der DIDF, Alfred-Delp-Straße 10, Hanau

Kontakt: info@friedensplattform.de oder 06181 160431